

Leibniz-Preis für Frankfurter Ökonomen

Olaf Storbeck
London

Roman Inderst war auf dem Weg zu einem Treffen mit Forscherkollegen in London, als ihn Ende vergangener Woche am Flughafen die Nachricht erreichte - und er konnte es erst kaum glauben. „Was, ich bekomme den Leibniz-Preis? Ich wusste gar nicht, dass ich nominiert bin“, staunte der 39-jährige Professor für Volkswirtschaftslehre der Universität Frankfurt.

2,5 Millionen Euro bekommt Roman Inderst in den kommenden sieben Jahren von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Ausgeben kann er das Geld ganz nach seinen eigenen Vorstellungen und ohne bürokratische Hürden.



Roman Inderst: Frankfurter Ökonom bekommt 2,5 Mio. Euro von der DFG.

Der Leibniz-Preis, den die DFG seit 1986 jährlich für Spitzenleistungen in der Forschung verleiht, ist der mit Abstand am höchsten dotierte Wissenschaftspreis Deutschlands. In diesem Jahr zeichnete die DFG insgesamt zehn Wissenschaftler damit aus. Traditionell dominieren unter den Preisträgern die Naturwissenschaftler. Inderst ist nun nach Axel Ockenfels (Uni Köln) und Armin Falk (Uni Bonn) der dritte Volkswirt, der die Auszeichnung erhält.

Das Verhalten privater Geldanleger steht im Zentrum der Forschung

Inderst, der im vergangenen Jahr bereits einen mit 1,3 Millionen Euro dotierten Forschungspreis der Europäischen Union erhielt, konzentriert sich inhaltlich derzeit vor allem auf das Geldanlageverhalten von Privatanlegern. Im Zentrum der Forschung stehen Finanzmarktanalyse und Verbraucherschutz.

Gemeinsam mit Psychologen, Experimentalkönonomen und Juristen untersucht er, wie Privatanleger ihre Anlageentscheidungen treffen, welche Rolle die Beratung dabei spielt und wem die Anleger vertrauen. Dabei arbeitet er mit theoretischen Modellen, mit Experimenten und mit realen Daten. „Roman Inderst ist einer der innovativsten deutschen Volkswirte“, sagt Justus Haucap, Vorsitzender der Monopolkommission. „Seine Forschung ist nicht nur theoretisch exzellent, sondern auch sehr politikrelevant.“

Inderst ist im Jahr 2006 von der London School of Economics an die Universität Frankfurt gewechselt, zuvor war er auch an der renommierten Business-School Insead in Frankreich tätig. Laut Handelsblatt-Ökonomenranking gehört er zu den mit Abstand forschungstärksten Volkswirten des deutschsprachigen Raums. Niemand sonst hat in den vergangenen fünf Jahren so viel in international renommierten Fachzeitschriften publiziert wie Inderst. Fast ein Viertel der Forschungsleistung der Frankfurter Volkswirte ist in den vergangenen zehn Jahren auf ihn entfallen.

Sturm auf die Mainstream-Ökonomie

Pariser Studenten haben eine Bewegung für postautistische Ökonomie gegründet. Die Wirtschaftskrise verleiht den Kritikern internationalen Auftrieb.

Anja Müller
Heidelberg

Wenn Studenten etwas zu sagen hätten im ökonomischen Lehrbetrieb, dann müsste sich eine Menge ändern. Im Hörsaal 5 der Heidelberger Universität jedenfalls drängen sich weit mehr als 200 Studenten an einem Donnerstagabend im November abends um 19 Uhr, vollkommen freiwillig.

Sie alle wollen einen Vortrag des französischen Ökonomen Serge Latouche hören, der den Abschied von der Idee des Wirtschaftswachstums fordert. Sie alle folgen der Einladung einer Gruppe, die sich selbst „Arbeitskreis Postautistische Ökonomie“ nennt.

Einige Tausend Mitglieder weltweit zählen solche Arbeitskreise mit dem provokanten Namen. Einige Professoren und Nachwuchswissenschaftler, hauptsächlich aber Studenten haben sich darin organisiert. Sie klagen, dass die etablierte Volkswirtschaftslehre realitätsfremd sei und unter Denkverboten leide. Sie sei eben autistisch, lautet der Vorwurf.

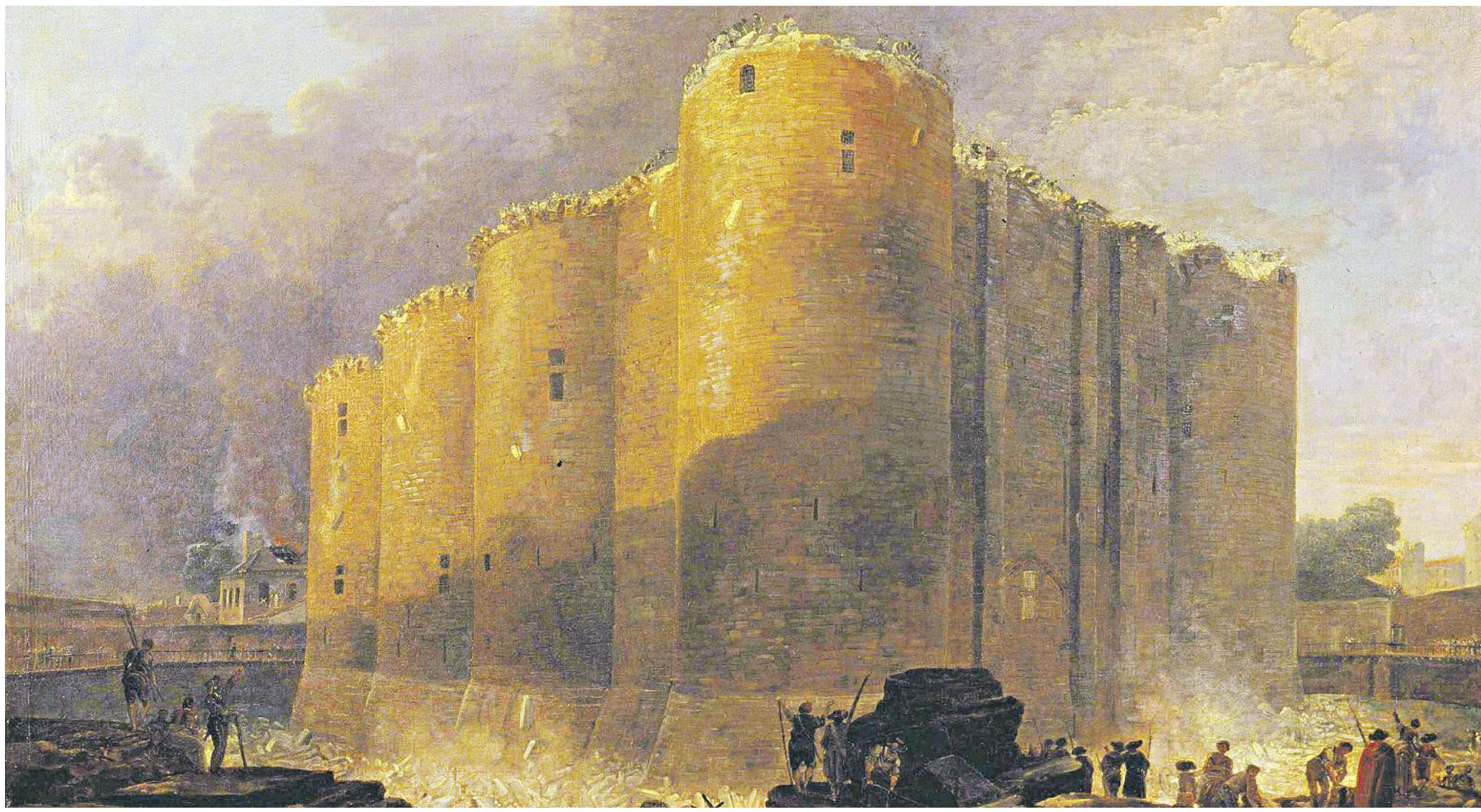
Gemeint ist damit zweierlei: Die Mainstream-Ökonomie hänge zu einseitig an der neoklassischen Lehre und zeige sich nur wenig offen gegenüber neuen Ideen. Und: Das noch immer häufig postulierte Menschenbild des „Homo oeconomicus“ sei realitätsfremd. Der Mensch sei nicht so egoistisch und emotionslos, wie traditionelle Ökonomen behaupteten - er interessiere sich sehr wohl für Moral und Mitmenschen.

Die Postautisten fordern eine Volkswirtschaftslehre, die zum Mitdenken einlädt und Dogmen geschichtlich einordnet. Sie wollen sich an der Realität mit allen sozialen und ökologischen Problemen abarbeiten und nicht Modelle auswendig lernen, die ihrer Meinung nach an der Realität vorbeigehen. Sie wollen Meinungsvielfalt statt Marktgläubigkeit. Und sie wollen weniger Mathematik.

Postautisten in 150 Ländern

Vor neun Jahren schon haben Studenten an der Pariser Sorbonne die Bewegung ins Leben gerufen. Ausgangspunkt war eine Fundamentalkritik an der etablierten mikroökonomischen Theorie. „Wir wollen der Traumwelt entkommen“ schrieben sie in einer Petition. Sie kritisierten scharf die realitätsfernen Modelle und den dogmatischen Gebrauch der Mathematik.

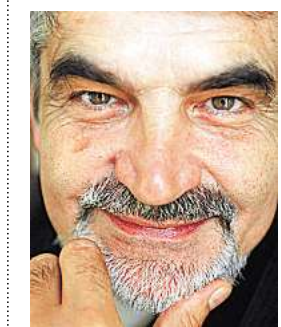
Doch lange fristeten die Postautisten ein Nischen-dasein. Die Wirtschaftskrise jedoch, die viele Hochschullehrer in Erklärungsnot gebracht hat, verleiht ihnen neue Dynamik. Eine Fachzeitschrift, die der Arbeitskreis herausgibt, hat inzwischen 11 000 Abonnenten aus 150 Ländern. Der deutsche Arbeitskreis, 2003 gegründet, aber lange eher im Verborgenen aktiv, bekommt derzeit kräftig Zulauf - vor allem an den Universitäten Heidelberg, Kassel und Greifswald.



KRITIK AN DER LEHRE

Geschichte Die erste Petition „Autisme Economie“ starteten im Jahr 2000 Studenten an der Pariser Sorbonne. Trotz einer regen Debatte in den Medien änderte sich an den französischen Lehrplänen aber nichts. Wenige Monate später wandten sich 27 Doktoranden an der britischen Eliteuniversität Cambridge gegen eine marktbeherrschende Stellung der Neoklassik und ihre Annahmen von der Nutzenmaximierung, ohne jedoch den Mainstreamansatz grundsätzlich abzulehnen.

Aktivitäten Die Organisation internationalisiert und professionalisiert sich. Aus einem Newsletter hat sich der „Real World Economics Review“ entwickelt, der in 150 Ländern mehr als 11 000 Abonnenten hat. Die nationalen und lokalen Arbeitskreise erarbeiten Theorien jenseits der Neoklassik und organisieren Vortragsreihen zum Beispiel zu den Grenzen des Wachstums. Im November sprach in Heidelberg der Ökonom und Philosoph **Serge Latouche** (Foto).



Archivieren/Vorfahren

wald. In Tübingen und Freiburg gründeten sich zurzeit neue Gruppen.

Die gut besuchte aktuelle Vortragsreihe in Heidelberg offenbart, wie empfänglich Studenten für ihre Forderungen sind - denn viele sind von ihrem Fach enttäuscht.

Zum Beispiel Tobias Vorlauffer, der in Heidelberg politische Ökonomie studiert. Ihm wurde ein interdisziplinärer Ansatz versprochen. „Aber die Veranstaltungen haben das nicht eingehalten“, resümiert er. Zu wenig Realitätsnähe, zu wenig Diskussionen. Und er fühlt sich keineswegs allein mit seiner Kritik: „Die Zahl der Enttäuschten nimmt zu.“

International hat die Bewegung auch Unterstützung von Nobelpreisträger Paul Krugman bekommen. In seiner Kolumne in der „New York Times“ rief er im September seine Profession zu mehr Selbstkritik und weniger Marktgläubigkeit auf. „Die Mathematik soll Diener und nicht Herr der Volkswirtschaftslehre sein.“

So lange Studenten diese Forderungen formulierten, „wurde uns unterstellt, dass wir nicht rechnen wollen“, sagt Thomas Dürmeier, einer der Gründer des deutschen Arbeitskreises und Doktorand an der Uni Kassel. Doch das stimme nicht. „Wir brauchen einfach eine andere Mathematik.“ Bislang werde in den meisten Modellen stets ein stabiles Gleichgewicht unterstellt - tatsächlich aber seien oft mehrere Gleichgewichte möglich. Nach Krugmans Kolumne unterzeichneten weltweit mehr als 2 200 Studenten und Professoren eine von den Postautisten initiierte Petition.

Sturm auf die Bastille: Gemälde von Hubert Robert (1789). Der Angriff auf die Ökonomie begann auch auf französischem Boden.

Der seit Jahresbeginn vor allem in der deutschen Volkswirtschaftslehre zum Teil erbittert geführte Streit um die Ausrichtung des Fachs geht den Postautisten nicht weit genug. Seit einigen Monaten streiten zwei Gruppen innerhalb der ökonomischen Profession an den Universitäten über die Relevanz ordnungspolitischer Grundsatzüberlegungen und die Rolle von mathematischen Modellen im Fach.

„Wir wollen nicht eine Wahrheit unterstellen, sondern viele Deutungen zulassen.“
Christoph Gran, Arbeitskreis Postautisten

Die Postautisten dagegen wollen, dass verschiedene Lehrmeinungen in Vorlesungen und Seminaren vermittelt und diskutiert werden.

„Uns geht es nicht darum, die eine oder die andere Wahrheit zu unterstellen, sondern viele Deutungen zu zulassen“, erklärt Christoph Gran. Der wissenschaftliche Mitarbeiter an der Uni Heidelberg sitzt im Vorstand des Arbeitskreises Postautistische Ökonomie.

Rüdiger Bachmann, Professor an der Universität Michigan und einer der Wortführer der mathematisch orientierten VWL-Professoren, betreibt eine Webseite zum Methodenstreit und hat darin die Forderungen der Postautisten neben anderen aufgenommen.

Bachmann gilt als Mainstream-Ökonom, der sich allerdings offen gegenüber einer größeren Studentenorientierung und neuen Ideen zeigt. Er ist überzeugt, dass „jeder Ansatz, der es schafft eine wissenschaftlich produk-

tive Gruppe von Forschern hinter sich zu versammeln, in Vorlesungen gewürdigt werden sollte.“

Doch ganz so einfach lasse sich das Problem nicht lösen, sagt Marco Lehmann-Waffenschmidt. Er lehrt in Dresden evolutische Ökonomik - ein Forschungsgebiet, das abseits des Mainstreams versucht, den langfristigen Wandel ökonomischer Systeme zu analysieren.

In den wissenschaftlichen Fachzeitschriften, sagt Lehmann-Waffenschmidt, zeige sich die Mainstream-Ökonomie nur wenig offen gegenüber neuen wissenschaftlichen Betrachtungsweisen. Nicht immer finde ein fairer Wettbewerb um die besten Ideen statt. „Nicht alles, was von den Journals abgelehnt wird, ist schlecht, sondern vielleicht einfach nur neu oder anders“, erklärt er und verweist auf abgelehnte Artikel späterer Nobelpreisträger wie Ronald Coase oder George Akerlof.

„Methodenvielfalt gehört zu Forschung und Lehre, Alles andere ist Religion.“
Rüdiger Bachmann, Universität Michigan

Von etablierten Ökonomen bekamen die Postautisten von Anfang an heftigen Gegenwind. Der heutige IWF-Chefökonom Olivier Blanchard und der Nobelpreisträger Robert Solow hatten bereits kurz nach der Gründung der Bewegung einen Gegenaufruf gestartet und die Kritik zurückgewiesen. Vor allem an dem Begriff „postautistisch“ reiben sich viele Volkswirte: Der Vorwurf des Autismus sei „unverschämte Falschheit“, sagt zum Beispiel Martin Peitz, Professor für Mikroökonomie in Mannheim. „Die VWL ist auch in der Spitzenforschung kein Monolith.“ Das Fach sei methodisch breit aufgestellt und für viele Fragestellungen offen.

Manche der Studenten aus dem Arbeitskreis sprechen daher lieber von „Real World Economics“ als von postautistischer Ökonomie. „Das klingt nicht ganz so diffamierend“, erklärt Gran. Seine Überlegungen sind dennoch nicht weniger radikal. „Wenn sich die VWL nicht ändert, dann wird sie bedeutungslos.“ Sie habe keine konstruktiven Antworten auf Fragen wie Klimazerstörung, Arbeitslosigkeit und Finanzkrise. Sie werde daher mit der Zeit immer weniger Studenten anziehen, ist Gran überzeugt.

Diese Sorge nimmt Lars-Hendrik Röller, Präsident der ESMT in Berlin und Vorsitzender des Vereins für Sozialpolitik, der die Interessen der VWL-Professoren vertritt, durchaus ernst. So sinkt die Zahl der Studenten in der VWL seit 2004, während die BWL-Fakultäten nach wie vor boomten.

Röller stimmt den Studenten auch zu, dass es gerade zu Beginn des Studiums wichtig ist, klar zu machen, wofür man sich entscheidet. Hochschullehrer müssten sich immer wieder hinterfragen und einen Wissenstransfer aus der Forschung und aus der Realität in die Lehre übersetzen. „Das ist eine echte Herausforderung“, sagt Röller. „Vor allem seit der Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge sei es schwierig, alles unterzubringen.“

Darin sehen alle Professoren ein Problem. Aber produktive Methodenvielfalt gehöre zur Wissenschaft und damit auch in die Lehre, betont Bachmann. „Alles andere wäre Religion.“



Wissenswert: Die Finanzkrise stellt die bisherige Geldpolitik komplett infrage. Sollten Notenbanken neben der Inflation auch die **Kreditentwicklung** beobachten?

Olaf Storbeck
London

Selten waren sich Notenbanker und Volkswirte so einig wie in den vergangenen zwei Jahrzehnten: Eine gute Geldpolitik, die die Wirtschaft vor Krisen schützt, so der allgemeine Konsens in den Universitäten und Zentralbanken, sollte sich einzig und allein an der Inflationsrate und der Konjunkturlage orientieren.

Um Spekulationsblasen etwa bräuchten sich die Geldpolitiker gar nicht zu kümmern. Viel besser sei es, diese platzen zu lassen und anschließend zu versuchen, den Schaden für die Wirtschaft zu minimieren. Geld und Kredit, waren Volkswirte überzeugt, spielen in der Wirtschaft keine eigenständige Rolle.

Inspiziert war diese Sicht unter anderem durch die Ökonomen Franco Modigliani und Merton Miller. Sie hatten 1958 in einem theoretischen Modell gezeigt: Unter bestimmten, sehr restriktiven Annahmen ist es vollkommen egal, ob sich ein Unternehmen mit Eigen- oder mit Fremdkapital finanziert. Daher machten sich die tonangebenden Makroökonomien Jahrzehntlang nicht die Mühe, den Finanzsektor in ihren Modellen überhaupt abzubilden.

Gefährlicher Tunnelblick

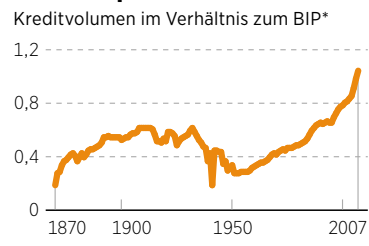
Die im Sommer 2007 ausgebrochene Weltwirtschaftskrise hat dies nachhaltig in Zweifel gezogen. Immer mehr Volkswirte fragen sich, ob die bisherige Sicht der Notenbanken nicht zu eng ist. Sollten Notenbanken nicht doch auf mehr Faktoren achten als nur auf Inflation und Konjunkturlage? Sollten sie nicht proaktiv gegen Spekulationsexzesse an den Finanz- und Immobilienmärkten vorgehen?

Ein deutsch-amerikanisches Forscherteam gibt der Kritik an der bisherigen Mehrheitsmeinung neue Nahrung. Moritz Schularick von der Freien Universität Berlin und Alan Taylor von der University of California, Davis zeigen in einer jüngst veröffentlichten wirtschaftshistorischen Mammutuntersuchung für zwölf Industrieländer und die Jahre von 1870

bis 2008: Notenbanken, die sich nur auf die Inflation und Konjunktur konzentrieren, übersehen Entscheidungen und laufen Gefahr, Finanzkrisen heraufzubeschwören.

Auf welche Größen aber sollen die Notenbanken konkret schauen? Monetaristisch geprägte Ökonomen, die in der Tradition Milton Friedmans stehen, pochen stets auf die Geldmenge. Diese habe eine übergeordnete Bedeutung für die Stabilität von Finanzsystem und Gesamtwirtschaft. Wenn zu viel Geld im Umlauf sei, führe dies entweder zu einer Inflation der Verbraucher- oder der Vermögenspreise, was die Wirtschaft destabilisiere. Eine berühmte Arbeit von Milton Friedman und Anna Schwartz aus dem Jahr 1968 lieferte am Beispiel der US-Wirtschaft seit 1867 empirische Belege für diese These.

Kreditexplosion



Schularick und Taylor kommen zu einem anderen Ergebnis.

Letztlich seien Friedman und Schwartz auf der falschen Fährte gewesen - nicht die Geldmenge, sondern das Kreditvolumen sei entscheidend für die ökonomische Stabilität. Das aber habe man 1968 noch nicht erkennen können, weil sich in den Jahrzehnten zuvor die Geldmenge und Kreditvolumen stets im Gleichakt und in einem mehr oder weniger festem Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt entwickelt haben. Bis zum zweiten Weltkrieg habe man daher die Geldmenge quasi als Kredithalter für die Entwicklung des Kreditvolumens verwenden können.

Nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch habe eine neue Ära des Finanzkapitalismus begonnen. Sowohl Ban-

ken als auch Unternehmen außerhalb des Finanzsektors verschuldeten sich danach in einem vorher nicht gekanntem Ausmaß. Der einst stabile Zusammenhang zwischen Geldmenge, Krediten und Wirtschaftsleistung löste sich auf. Das Kreditvolumen in den Industrieländern explodierte - sowohl im Vergleich zur Geldmenge als auch im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt.

In dieser zweiten Epoche des Finanzkapitalismus, die bis heute andauere, sei nur noch das Kreditvolumen und nicht mehr die Geldmenge ein bewährter Frühindikator für Krisen, zeigen die Berechnungen von Schularick und Taylor. Immer dann, wenn Banken über einen längeren Zeitraum hinweg überdurchschnittlich viele Darlehen vergeben hätten, sei in den Folgejahren die Wahrscheinlichkeit von Finanzkrisen erheblich gestiegen. „Unsere Berechnungen zeigen, dass das Wachstum des Kreditvolumens in der Vergangenheit der verlässlichste Einzelindikator für zukünftige Instabilität des Finanzsystems ist“, fassen die Forscher ihre Ergebnisse zusammen.

Dabei spiele es keine Rolle, wofür die Kredite verwendet würden. Die Wahrscheinlichkeit von Krisen steige, wenn die Menschen ihren Konsum auf Pump finanzierten und auch wenn sie das geliehene Geld in Investitionsprojekte steckten.

Der Finanzsektor ist nach Ansicht der Forscher für die Stabilität der Gesamtwirtschaft auch dadurch wichtiger geworden, weil die Banken selbst im Laufe der Jahrzehnte immer größere Risiken eingegangen sind. Der Anteil sicherer Wertpapiere in den Bankbilanzen sei gesunken. „Die Geschichte zeigt: Notenbanker und Volkswirte ignorieren die Entwicklung des Kreditvolumens auf eigenes Risiko“, so das Fazit der Forscher.

„Credit Booms Gone Bust: Monetary Policy, Leverage Cycles and Financial Crises, 1870-2008“, von M. Schularick und A. Taylor, NBER Working Paper Nr. 15512 (Nov. 2009) - Link zur Studie: www.handelsblatt.com/link

HOT PAPERS

Neue Studien aus der VWL

Vergessene Inflation

Zentralbanker stehen offenbar vor einem Dilemma: Je länger es ihnen gelingt, die Inflation in einem Land gering und konstant zu halten, desto weniger wichtig finden die Menschen die Geldwertstabilität. Zu diesem Ergebnis kommt ein Forscherteam der Europäischen Zentralbank und der griechischen Nationalbank in einer Studie mit dem Titel „Memories of High Inflation“. Anhand von Befragungen aus 23 Ländern zeigen die Wissenschaftler: Erinnerungen an Zeiten mit hohen Inflationsraten verblasen nach einem Zeitraum von 10 bis 15 Jahren. Nur Menschen, die in ihrem Leben einmal eine richtige Hyperinflation erlebt haben, werden die Angst vor einer drastischen Geldentwertung ihr Leben lang nicht mehr los.

Erdrückende Schulden

Der starke Anstieg der Staatverschuldung in den Vereinigten Staaten wird die langfristigen Wachstumsperspektiven der größten Volkswirtschaft der Welt auf lange Sicht deutlich beschädigen. Zu diesem Ergebnis kommt der Yale-Ökonom Ray Fair in einer Studie mit dem Titel „Possible Macroeconomic Consequences of Large Future Federal Government Deficits“. Ohne signifikante Steuererhöhungen

oder einschneidende Ausgabenkürzungen werden sich die öffentlichen Finanzen in den Vereinigten Staaten in den kommenden Jahrzehnten kontinuierlich erheblich verschlechtern. Sollte es im Zuge der steigenden Defizite zu einer deutlichen Abwertung des US-Dollars kommen, drohe ein Anstieg der Inflation, die aber das Schuldenproblem nicht mildere.

Umziehende Paare

Ehepaare ziehen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit um, wenn sich die Frau in der Gegend unwohl fühlt. Ist nur der Mann unzufrieden, entscheiden sich Paare weitaus seltener für einen Umzug. Das ist das Ergebnis einer Studie mit dem Titel „Residential mobility, neighbourhood quality and life-course events“. Basis der Untersuchung ist eine Langzeitbefragung britischer Haushalte.